

Fraktion **direkt**

18 | 27. Juni 2014

Zur Lage

EEG-Reform nutzt Verbrauchern und Unternehmen Ausbau der erneuerbaren Energien in vernünftigen Bahnen



Foto: Götz Schleser

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Es gibt sicher leichtere Unterfangen als eine Reform des Gesetzes über die Förderung der erneuerbaren Energien. Mit der Novelle, die der Bundestag nun verabschiedet hat, wird die Förderung von Wind, Sonne und Biomasse aber in vernünftigeren Bahnen gelenkt. Die neuen Regeln nutzen Verbrauchern und Unternehmen.

In der Innenpolitik gibt es kaum eine Materie, bei der die Interessen so vieler Seiten zusammengeführt werden müssen, wie die Energiepolitik. Es würde bei weitem nicht ausreichen, wenn sich etwa nur die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen einigten. Auch die Länder reden mit – und wie. Jedes Bundesland hat, je nach geografischer Lage, ganz eigene Forderungen. Ob ein Land von der Union, der SPD oder den Grünen regiert wird, spielt dabei keine große Rolle. Hinzu kommt die EU-Kommission, die über die Vereinbarkeit der nationalen Gesetze mit den Regeln des Binnenmarktes wacht. Sie behält sich mittlerweile die Genehmigung jeder Neuauflage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor. Mitten in der Schlussrunde konfrontierte uns die EU-Kommission plötzlich mit einem Vorbehalt, von dem vorher nie die Rede war. Die Koalition war daher gezwungen, den Gesetzentwurf über Nacht noch einmal zu verändern.

Vor diesem Hintergrund kann die Unionsfraktion mit dem Verhandlungsergebnis unter dem Strich zufrieden sein. Erstmals ist es gelungen, Mechanismen in das Gesetz einzubauen, die einen weiteren Anstieg der EEG-Umlage bremsen werden. Das ist eine gute Nachricht für die Verbraucher.

Künftig werden sich Unternehmen vielleicht noch mehr an der Förderung der erneuerbaren Energien beteiligen. Es ist nicht allein Aufgabe der privaten Stromverbraucher, die EEG-Umlage zu finanzieren. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass die Unternehmen auf den selbst produzierten Strom – viele Firmen haben ja inzwischen zum Teil kleine Kraftwerke – einen Teil der EEG-Umlage zahlen müssen. Das gilt aber nur für neue Anlagen. Den Bestandschutz zu verteidigen war auch ein wichtiges Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

„Die Unionsfraktion kann unter dem Strich zufrieden sein“

Die Unternehmen, die besonders viel Energie verbrauchen, werden auch weiter von der EEG-Umlage befreit werden können. Auch das ist wiederum ein großer Erfolg für die Bundeskanzlerin und ist von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Lange hat Brüssel gezögert, hier nachzugeben. Die Kanzlerin und auch der Vizekanzler sind jedoch hart geblieben.

Auch diese Neuauflage des Gesetzes wird nur einige Jahre Bestand haben. Ab 2016 müssen die Erzeuger von Ökostrom diesen selbst vermarkten. Das bedeutet zumindest, dass auf dem Strommarkt dann langsam wieder die Gesetze der Marktwirtschaft einkehren.

Volker Kauder

EEG-Reform nutzt Verbrauchern und Unternehmen	1
Wir profitieren vom Freihandel	2
Haushalt 2014 ist „historische Zielmarke“	3
Ausgaben für Bildung und Forschung steigen	4
Solide Finanzgrundlage für Lebensversicherungen	5
„Wir bringen den Wettbewerb ins Fördersystem“	6
Für eine überkonfessionelle Regierung im Irak	7
Besuch bei Freunden	8
„Dem Terror die Stirn bieten“	9
Letzte Seite	10

Wir profitieren vom Freihandel

Abkommen mit den USA bringt Vorteile



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor genau einem Jahr, im Juni 2013, haben Europäer und Amerikaner beschlossen, über ein transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP) zu verhandeln. Ziel dieses Abkommens ist es, Zölle und Handelsbarrieren zwischen beiden Seiten abzubauen. Unter anderem soll der Schutz von Investitionen verbessert und der Handel mit Dienstleistungen liberalisiert werden. In Deutschland würden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch sinkende Kosten und steigende Exporte profitieren. Fünf Verhandlungsrunden gab es inzwischen, weitere stehen an. Die Opposition im Bundestag weiß aber schon jetzt, dass TTIP für Deutschland nur Nachteile bringen kann – obwohl bisher kein Vertragstext vorliegt. Ausdruck findet diese Haltung in dem Angstbegriff des „Chlorhühnchens“.

Dass die Geflügelfrage in Deutschland so intensiv diskutiert wird, erstaunt auch den US-Handelsbeauftragten Michael Froman. Er verhandelt im Moment nicht nur das transatlantische, sondern auch ein transpazifisches Abkommen (TPP), das schon viel weiter ist. Für beide braucht US-Präsident Barack Obama eine Sonderermächtigung des Kongresses – eine große Herausforderung. Die Europäer müssen ihrerseits ihre Einzelinteressen etwa bei audio-

visuellen Dienstleistungen und beim Investitionsschutz bündeln. Präsident Obama will, das versicherte Froman vergangene Woche in Washington, noch im Laufe seiner Amtszeit TTIP unterzeichnen.

TTIP bringt zahlreiche Vorteile für den deutschen und europäischen Wirtschaftsraum und Arbeitsmarkt. Deutschland ist unter den Top fünf der wichtigsten Investoren in den USA – mit einem Gesamtvolumen von 164 Milliarden Euro. 30 Prozent aller

EU-Exporte in die USA kommen aus Deutschland. Eine Harmonisierung der Standards könnte die Ausfuhrkosten gerade für KMU um ein Viertel senken. Fast eine halbe Million neue Arbeitsplätze könnten entstehen.

Kritiker sehen stets nur unsere Standards und Rechte in Gefahr. Dabei gibt das Freihandelsabkommen uns Europäern die Chance, unsere Interessen global durchzusetzen. Das Abkommen hat nämlich auch eine geopolitische Dimension. In einer globalisierten Welt müssen wir Handelsräume schaffen, um unseren Wohlstand zu wahren. Wir sollten nicht unsere Standards und Rechte als Vorwand gegen ein transatlantisches Wirtschaftsabkommen heranziehen, sondern dieses vielmehr dazu nutzen, unsere Standards global durchzusetzen. Das wird mit einem Verhandlungspartner der westlichen Welt leichter sein als mit anderen Staaten. Erstaunlich ist auch, dass bilaterale Wirtschaftsabkommen Deutschlands mit Indien, Japan und Kanada bei uns stets geräuschlos akzeptiert werden.

Die TTIP-Kritiker scheinen Amerika permanent zu misstrauen. Dabei sind Verhandlungen doch dazu da, sich wechselseitig abzustimmen. Wir sollten die Vorteile des Freihandelsabkommens so oft wie möglich im Land bewerben. Bedenkenträger haben wir genug. Bei neuen Verträgen sollte man nicht nur Risiken, sondern auch die Chancen im Blick behalten und nutzen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Haushalt 2014 ist „historische Zielmarke“

Generaldebatte im Bundestag – Merkel: Etat ist Grundlage für künftige Stärke unseres Landes



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Haushaltsdebatte im Bundestag

Der erste ausgeglichene Haushalt seit Jahrzehnten ist in greifbarer Nähe: 2015 soll unter dem Etat die schwarze Null stehen. Für dieses Jahr bleibt die Neuverschuldung auf 6,5 Milliarden Euro begrenzt, ebenfalls der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Ausgabendisziplin stand auch 2014 hoch im Kurs bei den Haushaltern der Koalition.

Insgesamt sieht der Haushalt Ausgaben von 296,5 Milliarden Euro vor und damit 11,3 Milliarden weniger als im Vorjahr. Unvorhergesehene Belastungen in Höhe von drei Milliarden Euro, die sich aus der vorläufigen Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, aber auch aus den Tarifabschlüssen im Öffentlichen Dienst ergaben, konnte der Bundestag in der Bereinigungssitzung voll ausgleichen.

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte, dass das Projekt „keine neuen Schulden mehr“ mit diesem Haushalt und dem für das kommende Jahr erreicht werde. Dies sei ein Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik. „Wir wissen um die Verantwortung für die junge Generation“, sagte Kauder.

Für Bundeskanzlerin Angela Merkel ist der Haushalt 2014 „eine historische Zielmarke“. Mit diesem Haushalt lege die Koalition die Grundlagen dafür,

dass Deutschland auch in Zukunft stark bleibe, sagte die Kanzlerin. Er festige den Zusammenhalt zwischen den Generationen. Für die große Koalition hätten Investitionen in Bildung, Forschung, Infrastruktur und Energieversorgung Priorität, erklärte Merkel. Diese dienten auch dem Erhalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Mit über 42 Millionen Beschäftigten und einem Wirtschaftswachstum von knapp zwei Prozent bleibe Deutschland „Wachstumsmotor in Europa“, fügte die Kanzlerin hinzu. Drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts werden in Bildung und Forschung investiert.

Energiewende ist eine „Herkulesaufgabe“

Als eine der zentralen Herausforderungen der nächsten Jahre nannte Merkel die Energiewende. Auch nach der Verabschiedung der EEG-Novelle am Freitag bleibe sie eine „Herkulesaufgabe“.

In Zusammenhang mit der Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes übte die Kanzlerin Kritik an der EU-Kommission. Die Brüsseler Behörde könne nicht einfach „jahrelange Fördersysteme infrage stellen, ohne sich

zu überlegen, wie man die Übergänge schafft“. Zur Förderung der erneuerbaren Energien gehören nach ihren Worten auch die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen. Nur wenn dort Arbeitsplätze erhalten würden, werde die Energiewende von der Bevölkerung akzeptiert werden.

Appell zur Zusammenarbeit in der Flüchtlingspolitik

Die Debatte um den Kanzleretat wird traditionell auch zu einer Generalausprache genutzt. Mit Blick auf die Asyl- und Flüchtlingspolitik appellierte Kauder an die Grünen in den Bundesländern, zu einem parteiübergreifenden Kompromiss bei der geplanten Änderung des Asylrechts zu kommen. Kauder zeigte sich aufgeschlossen dafür, weitere Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen, wenn es eine Lösung bei der Liste der sicheren Herkunftsländer gäbe. Man dürfe nicht die Augen davor verschließen, dass Kommunen Schwierigkeiten hätten, Flüchtlinge aufzunehmen, die zu einem überwiegenden Teil wieder zurückkehren müssten. Gemeinsam müsse ein Kompromiss gefunden werden, damit kein Nährboden für rechtsradikale Entwicklungen entstehe.

Ausgaben für Bildung und Forschung steigen

Koalition setzt im Haushalt starke Akzente

Trotz ihrer Bemühungen um Ausgabendisziplin setzt die Koalition im Haushalt 2014 starke Akzente. Der Etat für Bildung und Forschung wird unter Unionsführung bereits zum neunten Mal in Folge erhöht und erreicht nun einen Höchststand von 14 Milliarden Euro. Seit 2005 ist dies ein Plus von 87 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr belaufen sich die Mehrausgaben auf 313 Millionen Euro.

Ein Schwerpunkt sind dabei die Hochschulen. Alleine für den Hochschulpakt 2020 stehen 2014 rund 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung. Auch die Budgets der Forschungsorganisationen werden um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Mittel für die IT-Sicherheitsforschung wachsen um fünf Prozent und für die Forschung zur Steigerung der Energieeffizienz um sieben Prozent.

Entwicklungsländer unterstützen

Auch der Haushalt des Entwicklungsministeriums mit stabilen Ausgaben

in Höhe von knapp 6,5 Milliarden Euro spricht für sich. Seit Amtsantritt von Kanzlerin Angela Merkel 2005 stieg der Einzeletat um 50 Prozent. Damit bekennt sich Deutschland zu seinen Verpflichtungen gegenüber den Entwicklungs- und Schwellenländern. Finanzielle Akzente werden unter anderem mit drei Sonderinitiativen gesetzt – zur Bekämpfung des Hungers auf der Welt, zur Beseitigung der Ursachen für Flüchtlingsströme und zur Stabilisierung der Region Nordafrika und Naher Osten. Aber auch für die Förderung guter Regierungsführung, für den Klima- und Ressourcenschutz sowie zur Vorbeugung von Krankheiten wird Geld zur Verfügung gestellt.

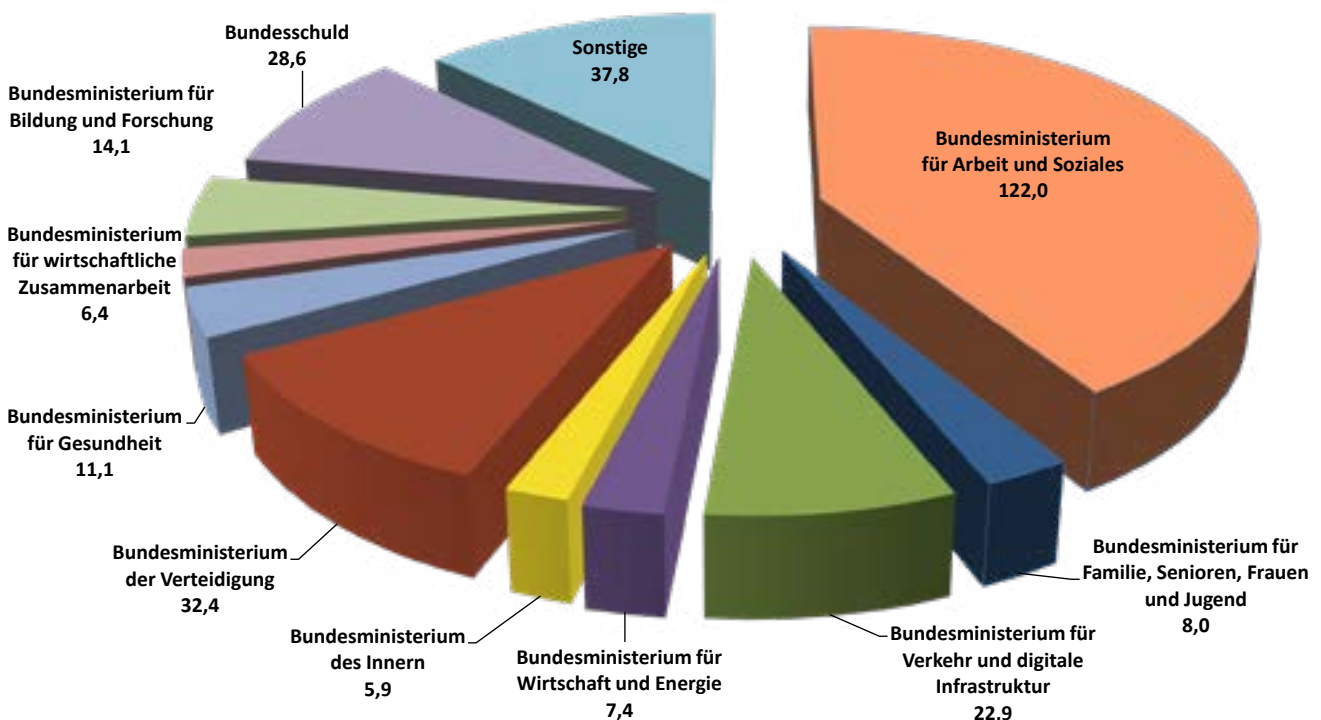
Deutschland bekennt sich weiterhin zur Steigerung des Anteils der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die dafür benötigten Milliardenbeträge sind allerdings auf absehbare Zeit nicht aus Haushaltsmitteln zu stemmen. Daher legt die Koalition Wert darauf, die vorhandenen

Mittel effizienter einzusetzen.

Mehr Geld für Grundsicherung

Größter Posten bei den Ausgaben ist der Einzelplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit rund 122 Milliarden Euro oder 41 Prozent des Gesamtetats. Davon entfallen knapp Dreiviertel auf Zuschüsse zur Rentenversicherung sowie zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Ein Viertel des Geldes wird für die Arbeitsförderung ausgegeben. Gegenüber 2013 stieg der Haushaltsplan für Arbeit und Soziales um drei Milliarden. Der Anstieg ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Bund von den Kommunen schrittweise die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung übernommen hat. Die kommt Rentnern zugute, deren eigenes Einkommen nicht für ihren Lebensunterhalt ausreicht. Steigende Bundeszuschüsse an die Rentenversicherung spielen bei dem Anstieg auch eine Rolle.

Bundesausgaben 2014 in Mrd. €
(Gesamtausgaben 296,5 Mrd. €)



Quelle: CDU/CSU-Fraktion

Solide Finanzgrundlage für Lebensversicherungen

„Fraktion direkt“ beantwortet Fragen zur Reform

Lebensversicherungen haben sich über viele Jahrzehnte als ein wichtiges und beliebtes Instrument zur Altersvorsorge bewährt. Wegen der niedrigen Zinsen wird es für sie allerdings immer schwerer, ausreichende Kapitalerträge für ihre Kunden zu erwirtschaften. Mit dem Gesetz zur Reform der Lebensversicherungen will die Koalition sicherstellen, dass alle Versicherungsnehmer die ihnen zugesagten Leistungen aus Lebensversicherungsverträgen erhalten.

Was plant die Koalition konkret?

Alle an einer Versicherung beteiligten – also Versicherer, Aktionäre und Kunden – sollen einen Beitrag dazu leisten, dass Lebensversicherungen weiterhin eine solide Finanzgrundlage haben. Die zentralen Punkte des Gesetzentwurfs sind:

Bewertungsreserven von Staatsanleihen dürfen zukünftig nur dann ausgeschüttet werden, wenn sichergestellt ist, dass auch die Ansprüche derjenigen Versicherten erfüllt werden können, deren Verträge später fällig werden.

Kunden sollen in Zukunft stärker von Risikoüberschüssen der Lebensversicherer profitieren. Diese ergeben sich, wenn die Versicherer vorsichtig kalkulieren und daraus einen Gewinn erzielen.

Versicherungsunternehmen sollen

zu mehr Transparenz und zu Kostensenkungen im Vertrieb verpflichtet werden. Deshalb wird darüber nachgedacht, die Abschlusskosten eines Vertrages für den Kunden sichtbar auszuweisen.

Besteht die Gefahr, dass den Versicherten der garantierte Zinssatz nicht ausgezahlt werden kann, sollen die Aktionäre des Lebensversicherers auf Ausschüttungen verzichten.

Warum ist die Neuregelung gerecht?

Es ist Aufgabe der Politik, einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Versicherten herbeizuführen. Bei den schwankenden Bewertungsreserven wird diese Notwendigkeit besonders deutlich.

Im Gegensatz zu Aktien oder Immobilien, die in ihrem Wert dauerhaft steigen können, sind Bewertungsreserven auf Anleihen lediglich zeitlich begrenzte Buchgewinne. Eine Anleihe ist in der Regel am Tage der Fälligkeit wieder genauso viel wert wie am Tage ihrer Ausgabe. Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen sind derzeit nur deshalb so hoch, weil wir uns in einer Niedrigzinsphase befinden. Es wäre daher ungerecht, wenn Kunden mit jetzt auslaufenden Verträgen von diesen Buchgewinnen profitierten und Inhaber später fällig werdender Verträge den Kürzeren zögen.

Was bedeuten die geplanten Änderungen konkret für meine Lebensversicherung?

Bei bestehenden Verträgen ändert sich nichts an dem von der Versicherung garantierten Zins. Änderungen können sich allerdings bei den sogenannten Überschussbeteiligungen ergeben. Die Neuregelung verpflichtet die Versicherungen, in Zukunft einen höheren Anteil als bisher an den Risikoüberschüssen auszuzahlen. Außerdem werden etwaige hohe Bewertungsreserven bei Staatsanleihen – aus den genannten Gründen – nur insoweit ausgezahlt, als die Ansprüche der verbleibenden Versicherungskunden nicht gefährdet werden.

Ist es ratsam, eine Lebensversicherung noch schnell vor der Verabschiedung des Gesetzes zu kündigen?

Das muss in jedem Einzelfall geprüft werden. Bei einer Kündigung entfällt die Garantieverzinsung für die verbleibenden Jahre und auch die Beteiligung an den Schlussüberschüssen. Ausschlaggebend sind die Lebenssituation des Versicherungskunden und die konkrete Ausgestaltung des Vertrages. Versicherungskunden sollten sich deshalb vor einer Kündigung an eine Verbraucherberatung oder an ihre Versicherung wenden.



Foto: Picture Alliance/ZB

„Wir bringen den Wettbewerb ins Fördersystem“ Michael Fuchs über die Reform des Erneuerbare-Energien- Gesetzes – Zubau wird gedeckelt



Foto: Werner Schüring

Michael Fuchs
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) steht. Über die wichtigsten Neuerungen und die Schwierigkeiten mit der EU-Kommission kurz vor Toresschluss sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs.

Herr Fuchs, dies ist die vierte Reform des EEG mit dem Ziel, den Anstieg der Stromkosten für Verbraucher und Industrie zu senken. Was macht Sie so zuversichtlich, dass es diesmal gelingt?

Fuchs: Wir deckeln den Zubau von Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien. Und wir legen innerhalb des Zubaukorridors das Hauptgewicht auf die Windenergie an Land und die Fotovoltaik, unsere aktuell günstigsten erneuerbaren Technologien. Ich will aber nicht verschweigen, dass wir weiter Kostenrisiken für die EEG-Umlage haben, die wir als Gesetzgeber nicht beeinflussen können, etwa die allgemeine Strompreisentwicklung oder das Wetter. Ein sehr sonniger Sommer bedeutet in der EEG-Umlage gleich einen mehrstelligen Millionenbetrag, weil deutlich mehr Solarstrom bezahlt werden muss. Dieser Strom stammt leider zu

einem guten Teil aus teuren Altanlagen mit Förderansprüchen von zum Teil über 50 Cent pro Kilowattstunde. Zum Vergleich: Bei Neuanlagen gibt es maximal rund 13 Cent pro Kilowattstunde. Leider wird uns der unkontrollierte Solarboom der Jahre 2008 bis 2012 noch lange auf der Tasche liegen.

Was sind die wesentlichen Neuerungen?

Fuchs: Neben dem erwähnten Korridor für den Zubau schaffen wir jetzt den Einstieg in mehr Markt und Eigenverantwortung bei den Erneuerbaren. Neuanlagen ab einer bestimmten Größe können ihren Strom nicht länger beim Netzbetreiber einfach abgeben, sondern müssen sich selbst um den Verkauf kümmern. Außerdem starten wir ein Pilotprojekt zur Ausschrei-

zehn Megawattstunden selbst verbrauchten Stroms pro Jahr von der Umlage befreit. Damit die Eigenstrombelastung unsere Ausbauziele bei Solarstrom und Kraft-Wärme-Kopplung nicht gefährdet, passen wir gleichzeitig die Förderung für diese Technologien an.

Die EU-Kommission hatte in letzter Sekunde noch Bedenken angemeldet. Wie wurden die ausgeräumt?

Fuchs: Die Kommission wollte eine Vereinheitlichung der Regeln bei der Eigenstrombelastung. Das haben wir umgesetzt. Die Kommission hat aber auch gefordert, dass wir ausländische Grünstromimporteure von der EEG-Umlage befreien. Das liefe auf eine Abschaffung des EEG hinaus. Wir haben im Gegenzug angeboten, dass bei den angestrebten Ausschreibungen mindestens fünf Prozent der Leistung europaweit geöffnet wird.

„Schaden vom Wirtschaftsstandort Deutschland abgewendet“

bung und wollen im Jahr 2017 grundsätzlich auf Ausschreibungsverfahren umsteigen. Damit bringen wir nicht nur den Wettbewerb ins Fördersystem, sondern erhalten auch ein sehr effizientes Instrument der Mengensteuerung.

Zum Schluss ging es hauptsächlich um die Betriebe, die Eigenstrom erzeugen. Wie sieht die Regelung dort nun aus?

Fuchs: Bestehende Anlagen zahlen weiterhin keine EEG-Umlage. Neuanlagen zahlen einen verringerten Satz, wenn es sich um erneuerbare Energien oder um sogenannte Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen handelt, die sowohl Strom als auch Wärme liefern. Bei Anlagen bis zu einer Größe von zehn Kilowatt sind die ersten

Warum war es so wichtig, das Gesetz noch vor der Sommerpause über die Bühne zu bringen?

Fuchs: Wir haben stromintensive Betriebe in Deutschland, die zwingend darauf angewiesen sind, bei den EEG-Kosten entlastet zu werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu ist ein neues EEG erforderlich, das den Vorgaben der EU-Kommission zur Förderung der Erneuerbaren und zu Ermäßigungen für Industriestrom vom April 2014 entspricht. Wenn wir den Text nicht im Sommer im Gesetzblatt haben, können die Unternehmen die diesjährigen Ermäßigungsanträge nicht rechtzeitig stellen. Die Folge wären Insolvenzen, Entlassungen und ein enormer Schaden für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Für eine überkonfessionelle Regierung im Irak

Sunnitische Terrorgruppe ISIS muss gestoppt werden

Der Vormarsch der sunnitischen Terrorgruppe ISIS im Irak bedroht nicht nur die staatliche Ordnung des Landes, sondern auch die Stabilität weiter

sollen. Die ersten davon sind bereits vor Ort. Auch gezielte Luftschläge schloss Präsident Barack Obama nicht aus. Außenminister John Kerry reiste

Christen im Irak schützen

Mehr Aufmerksamkeit verdienen nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch andere Partner in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. So habe sich die Autonome Region Kurdistan als bedeutsamer Stabilitätsanker im Nordirak etabliert, erklärte Mißfelder. Auch Ägypten weise einen Weg, wie die Region stabilisiert werden könne. Nach der Vertreibung der Muslimbrüder und mit der Wahl des neuen Staatspräsidenten Abdel al-Sisi hat sich die besorgniserregende Lage der Kopten in Ägypten zwar verbessert. Im Irak jedoch sind die Christen weiterhin auf besondere Hilfe angewiesen, sollen sie nicht endgültig von dort vertrieben werden. Religionsfreiheit und religiöse Toleranz müssen konstituierendes Element eines neuen Irak werden.



Foto: Picture Alliance/AA

Immer mehr Iraker fliehen vor der sunnitischen Terrorgruppe ISIS

Teile des Nahen Ostens. Die Weltgemeinschaft ist angesichts des brutalen Vorgehens der ISIS in Alarmstimmung. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ruft Schiiten, Sunniten und Kurden im Irak auf, eine überkonfessionelle Regierung zu bilden. Im Zweifelsfall müssten auch die USA erneut militärisch eingreifen, meint der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder.

„Die Amerikaner haben mit ihrem Einmarsch in den Irak 2003 eine besondere Verantwortung für die Entwicklung des Landes übernommen. Vor diesem Hintergrund müssen sie auch ein erneutes militärisches Engagement in Erwägung ziehen“, erklärte Kauder. Amerika dürfe die Terrorgruppen, die dem Land ein furchtbares Regime aufzwingen wollten, nicht gewähren lassen.

Die USA hatten angekündigt, das irakische Militär im Kampf gegen die Terrormiliz zu unterstützen. Washington setzt dabei unter anderem auf einen möglichst kurzen Einsatz von rund 300 Soldaten, die als Militärberater in den Irak geschickt werden

Anfang der Woche überraschend nach Bagdad, um die politische Führung des Landes zur Bildung einer neuen Regierung zu drängen.

Die Islamistenmiliz ISIS (Islamischer Staat im Irak und in Großsyrien) hat inzwischen große Landstriche im Norden und Westen des Iraks unter ihre Kontrolle gebracht. Am Wochenende stieß sie bis zur syrischen und jordanischen Grenze vor. Daraufhin mobilisierte auch Jordanien seine Streitkräfte entlang der Grenze zu Irak.

Der im April wiedergewählte Ministerpräsident Nuri al-Maliki steht in der Kritik, weil seine von Schiiten dominierte Regierung die Sunniten diskriminiere. „Entscheidend wird sein, ob es den politisch einflussreichen Gruppen gelingt, einen überkonfessionellen Staat Irak zu schaffen, in dem Schiiten, Kurden und Sunniten am politischen System beteiligt sind“, erklärte der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Philipp Mißfelder. Im In- und im Ausland steigt inzwischen der Druck auf al-Maliki, sein Amt aufzugeben.

Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge

Der blutige Bürgerkrieg in Syrien geht nun schon ins dritte Jahr. Nach Informationen des UN-Flüchtlingshilfswerks befinden sich inzwischen 2,8 Millionen Syrer auf der Flucht. Die meisten davon haben Unterschlupf in den umliegenden Ländern Libanon, Türkei, Jordanien und Irak gefunden.

Innerhalb Europas ist Deutschland das Land, das die meisten Flüchtlinge aus Syrien aufnimmt. Mitte Juni beschlossen die Innenminister der Länder, über ein Sonderprogramm weitere 10.000 Syrer aufzunehmen. Damit stellt Deutschland nun insgesamt 20.000 Plätze zur Verfügung. Menschen, die in diese Programme aufgenommen werden, müssen hierzulande kein Asyl beantragen. Seit Ausbruch des Bürgerkrieges 2012 kamen bereits 40.000 Syrer nach Deutschland, die meisten von ihnen allerdings als reguläre Asylbewerber. Die Unionsfraktion setzt sich für eine Flüchtlingskonferenz auf europäischer Ebene ein, damit auch in anderen EU-Ländern mehr Syrer Unterschlupf finden.

Besuch bei Freunden

Michael Grosse-Brömer in den USA – Gespräche über NSA-Affäre und das transatlantische Handelsabkommen

Um die transatlantischen Beziehungen scheint es nicht mehr zum Besten zu stehen. Enthüllungen des ehemaligen NSA-Mitarbeiters Edward Snowden vermitteln den Eindruck, als würden die Geheimdienste der USA in Deutschland permanent Politiker und Bürger abhören. Zum anderen geistert die Idee durchs Land, wir Deutschen müssten unsere Rechte und Standards aufgeben, wenn wir das transatlantische Wirtschaftsabkommen, kurz TTIP, mit den USA abschließen.

Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Michael Grosse-Brömer, reiste in der vergangenen Woche nach Washington und New York. Ziel war es, mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft zum einen über die laufenden Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU zu sprechen. Diese sollen bis Ende nächsten Jahres erfolgreich abgeschlossen werden. Zum anderen ging es darum, mit US-Senatoren und Abgeordneten die Aktivitäten des US-Geheimdienstes NSA zu diskutieren.

„Für die Überwachung von Politikern befreundeter Staaten gibt es keine Rechtfertigung, das hat auch das Weiße Haus verstanden“, sagte Senator Chris Murphy, der bei seinem Besuch in Deutschland im November 2013 Michael Grosse-Brömer nach Washington eingeladen hatte. Im Gespräch mit dem demokratischen Senator Murphy betonte Grosse-Brömer auch, dass die Krise in der Ukraine gezeigt habe, wie wichtig die transatlantische Partnerschaft ist. „Deutschland und die USA treten dem Vorgehen des russischen Präsidenten Putin gemeinsam entgegen. Wir ziehen hier an einem Strang“, sagte Grosse-Brömer. Gerade weil die Entwicklungen in der Ukraine unkalkulierbar und das Verhalten Putins so unberechenbar seien, werde Deutschland sofort weitere Sanktionen befürworten, falls erforderlich.

Auch beim Zusammentreffen mit Senatorin Dianne Feinstein, der Vor-

sitzenden des Ausschusses für die Nachrichtendienste im US-Senat, waren die Aktivitäten der NSA in Deutschland ein Thema. Michael Grosse-Brömer forderte vor dem Hintergrund der Stimmungslage in Deutschland, das Aufklärungsinteresse im Untersuchungsausschuss des Bundestages ernst zu nehmen. „Eine Kooperation bei der Freigabe von Aktenmaterial wäre hier hilfreich“, sagte er. Feinstein nahm diesen Wunsch zur Kenntnis, wies aber gleichzeitig darauf hin, dass die Tätigkeit von Nachrichtendiensten wichtig sei. So habe die NSA in Europa und speziell auch in Deutschland dazu beigetragen, dass einige Terroranschläge ver-

glieste eigene Interessen verfolgten. „Wir werden in Europa mit einer Stimme sprechen, dafür wird sich Bundeskanzlerin Angela Merkel einsetzen“, versicherte der Parlamentarische Geschäftsführer. Deutschland unterstütze die Verabschiedung des Wirtschaftsabkommens ausdrücklich. Froman räumte ein, dass die anstehenden US-Kongresswahlen im Herbst die Verhandlungen auf amerikanischer Seite voraussichtlich ausbremsen werden.

„Wir müssen unser Verhältnis zu den USA pflegen“, betonte Grosse-Brömer am Ende seiner Reise. Jeder Austausch in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft könne dazu beitragen. „Das



Foto: Christina Wendt

Michael Grosse-Brömer mit dem US-Handelsbeauftragten Michael Froman

hindert werden konnten.

Michael Froman, der US-Handelsbeauftragte, der die TTIP-Verhandlungen für Präsident Barack Obama führt, kritisierte im Gespräch mit Grosse-Brömer, dass die Verhandlungen mit der EU schwierig seien, da viele Mit-

Schlimmste wäre, wenn wir es zuließen, dass sich in Deutschland ein laienter Anti-Amerikanismus ausbreitet.“ Ein starker Partner an der Seite Deutschlands sei in mehrfacher Hinsicht sinnvoll und wichtig.

„Dem Terror die Stirn bieten“

Bundestagsvize Singhammer besuchte Westafrika

Die Lage in Zentral- und Westafrika wird zunehmend unsicherer: Im Norden Nigerias bedroht die Terrorgruppe Boko Haram die dort lebenden Christen. Kamerun hat riesige Flüchtlingsströme aus der Zentralafrikanischen Republik und aus Nigeria zu bewältigen. Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer reiste in der vergangenen Woche mit einer Parlamentsdelegation nach Kamerun, Togo und Nigeria, um sich ein Bild von der sicherheitspolitischen Lage zu machen.

In allen drei Ländern führte Singhammer Gespräche mit ranghohen Politikern und Vertretern der Religionen. Neben der besorgniserregenden Sicherheitslage ging es auch um die Situation der Christen, besonders in Nigeria. Seine Gesprächspartner in Kamerun warnten davor, dass eine „Sichel des Terrors“ entstehen könne, die von der Westsahara bis zum Irak reiche. Das wäre nicht nur eine unmittelbare Bedrohung für die Menschen in den betroffenen Ländern, die besonders im Visier von Terroristen stehen, sondern letztlich auch für Europa.

Weltaufmerksamkeit hat die Terrorgruppe Boko Haram dadurch erlangt, dass sie im April rund 300 Schulmädchen aus einem Internat im Norden Nigerias entführte. In dieser Woche wurden erneut mindestens 60 Frauen

und Mädchen von den Islamisten verschleppt. Singhammer sprach in der nigerianischen Hauptstadt Abuja mit den betroffenen Müttern, die verzweifelt auf die Rückkehr ihrer Töchter warten. Gemeinsam mit ihnen demonstrierte der CSU-Abgeordnete gegen Boko Haram und für die Rückkehr der Mädchen. Man müsse „dem Terror die Stirn bieten“, erklärte er.

Der Konflikt mit Boko Haram wird von den örtlichen Politikern im Kern nicht als Religionskrieg gewertet. Alle politisch und religiös Verantwortlichen betonten, dass die Ursachen für das Erstarken der Terrorgruppe in der Armut und Perspektivlosigkeit der Menschen, der hohen Arbeitslosigkeit und auch in uralten ethnischen Konflikten lägen. Eine Rolle spiele dabei auch der Kampf um fruchtbares Land. Die islamischen Vertreter versicherten unisono, dass Boko Haram mit dem Islam nichts zu tun habe, sondern diesen pervertiere.

Aus Sicht Singhammers kommt es folglich nicht nur darauf an, den Terrorismus zu bekämpfen, sondern auch mit Ausbildungsförderung und Investitionen Perspektiven für die Menschen in Zentral- und Westafrika zu schaffen. Nur so könne der Kreislauf von Gewalt, Terror und Flucht durchbrochen werden.

Flüchtlingssituation dramatisch

Besonders dramatisch stellt sich die Situation der Flüchtlinge in Kamerun dar: Jede Woche kommen dort bis zu 5.000 schwer traumatisierte Menschen aus der auseinanderbrechenden Republik Zentralafrika und den nördlichen Regionen Nigerias an. Eine menschenwürdige Versorgung in den Auffanglagern ist angesichts der Menge an Flüchtlingen immer weniger möglich. Gebraucht werden vor allem Lebensmittel und Medikamente.

„Wir können hier nicht einfach wegschauen“, erklärte Singhammer. Kamerun als stabilisierender Faktor in einer zunehmend labilen Region brauche dringend Unterstützung. In Gesprächen mit dem Präsidenten, dem Ministerpräsidenten sowie weiteren ranghohen Politikern verwies er darauf, dass Deutschland Kamerun durch die gemeinsame Geschichte in besonderer Weise verbunden sei. Führende Vertreter Kameruns erinnerten daran, dass beide Länder vor hundert Jahren mit Kaiser Wilhelm II. noch ein gemeinsames Staatsoberhaupt hatten. Singhammer besuchte in der Hauptstadt Jaunde unter anderem auch das Goethe-Institut, das sich wegen der Verbundenheit Deutschlands und Kameruns großer Beliebtheit erfreut.



Singhammer demonstriert mit Aktivistinnen für die Freilassung der entführten Mädchen

Armutsmigration: Handlungsbedarf für den Gesetzgeber

Auch wenn das Thema Armutszuwan- derung ein wenig aus den Schlagzei- len verschwunden ist, so besteht den- noch dringender Handlungsbedarf, wie das Expertengespräch der CDU/ CSU-Fraktion in dieser Woche gezeigt hat. „Wir sehen uns in unserer Mei- nung bestätigt, dass es hier ein Prob- lem gibt und der Gesetzgeber drin- gend tätig werden muss“, betonte To- bias Zech, Berichterstatter der Fraktion für Armutszuwanderung. Zusammen mit dem arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Sprecher Karl Schiewerling hatte er zu dem Fachge- spräch eingeladen.

Mit Blick auf mögliche Problemlö- sungen diskutierten rund 40 Fachpo- litiker der Arbeitsgruppen Innen, Eu- ropa sowie Arbeit und Soziales mit den drei Referenten Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemein- debund, Sozialrichterin Andrea Loose und Armin Rolfink aus dem Bundesfi- nanzministerium.

Jobcenter versinken in Arbeit

Jobcenter und Gerichte versinken in Arbeit, die betroffenen Kommunen können den Zuzug ausländischer Ar- beitsuchender und die zusätzlichen Ausgaben, die sich daraus ergeben, nur schwer stemmen, so berichtete Zech, der sich ausführlich mit vielen Fachleuten ausgetauscht hatte. Rich- terin Loose bestätigte dieses Szenario. Sie wünsche sich vom Bundestag, dass er durch einheitliche Gesetzge- bung für Rechtssicherheit Sorge, sagte sie. Mehr als die Hälfte ihrer Verfah- ren, berichtete die Sozialrichterin, drehten sich mittlerweile um Hartz- IV-Anträge von EU-Ausländern.

Über Schwierigkeiten bei der Inte- gration berichtete Uwe Lübking vom



Zeichnung: Tomicek

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|----------------------|-------------------------------------------------------------------------------|
| 2. Juli 2014 | Fachgespräch: Chancenkontinent Afrika – Herausforderung Bildung und Ernährung |
| 7./8. Juli 2014 | Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes mit dem ÖVP-Parlamentsklub |
| 3./4. September 2014 | Klausurtagung des Fraktionsvorstandes |

Deutschen Städte- und Gemeinde- bund. Von rund 600 Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien etwa, die je- den Monat nach Duisburg kommen, hätten 90 Prozent keinen Schulab- schluss und 50 Prozent seien Analpha- beten. Für die 300 Kinder, die jeden Monat zuwanderten, müsste man ei- gentlich jeweils eine eigene Grund- schule aufmachen – eine große Her- ausforderung für finanziell ange- schlagene Kommunen. Die Menschen kämen zwar in Wohnungen unter, diese lägen oft aber in „Schrottimmo- bilien“ und würden deutlich überteu- ert vermietet.

Armin Rolfink von der Finanzkont- rolle Schwarzarbeit im Bundesfinanz- ministerium lobte die Arbeit des Staatssekretärsausschusses, der sich mit den Herausforderungen der Zu- wanderung auseinandersetzt. Durch die angedachten gesetzlichen Rege- lungen sei eine effektivere Kontrolle der Scheinselbstständigkeit möglich. Rolfink betonte aber auch, dass die Stoßrichtung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit sich eher gegen die Ar- beitgeber richte. Diese seien es, die von der Scheinselbstständigkeit am aller- meisten profitierten, da sie sich die Abgaben in die Sozialkassen sparten.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt